

## Projekt

# "Die Rolle der Ärzteschaft und der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin im Nationalsozialismus"

Projektleitung:

Prof. Dr. Dr. Rolf Winau

Mitarbeiterin:

Dr. Rebecca Schwoch

## Inhalt

Im Zuge der Notverordnung vom Dezember 1931 sind Kassenärztliche Vereinigungen ins Leben gerufen, womit der Ärzteschaft eine Entscheidungsbefugnis über fast alle Formen der kassenärztlichen Versorgung übergeben worden war. Mit der Gründung der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) im August 1933 war es der organisierten Ärzteschaft gelungen, die Vertretung der deutschen Ärzteschaft und die Regelung der ärztlichen Versorgung zu zentralisieren. Die Berliner KV wurde zu einer Verwaltungsstelle der KVD. In ihren Aufgabenbereich gehörte unter anderem die Regelung der Kassenzulassung. Da es gerade in Berlin viele jüdische (Kassen-)Ärzte gab (~ 3.000 von ~ 8.000 jüdischen Ärzten reichsweit zu Beginn des Jahres 1933; ~ 2.000 jüdische Kassenärzte von insgesamt 3.600 Kassenärzten in Berlin), wirkten sich der Entzug der Zulassungen und später der der Approbation verheerend aus; dies mußte Auswirkungen auf die kassenärztliche Versorgung der Berliner Bevölkerung gehabt haben.

Zum einen soll eine Institutionengeschichte der Berliner KV Aufklärung darüber bieten, inwiefern diese Einfluß auf die kassenärztliche Versorgung der Stadt Berlin sowie auf Kassenzulassung bzw. -entzug hatte, inwieweit einzelne Personen, die hinter einer Institution versteckt scheinen, an der Lenkung der Gesundheitspolitik beteiligt waren oder inwieweit die Verwaltungsstelle Berlin in ihrem Handlungsspektrum von der KVD abhängig war bzw. frei handeln konnte. Zum anderen soll in einer Datenbank die Berliner Kassenärzteschaft - unter besonderer Hervorhebung der jüdischen Kassenärzte - mit Namen, Adresse, Facharztbezeichnung und Zufluchtsort (nach 1933) gesammelt werden. Damit wird es zum ersten Mal möglich sein, nicht nur die tatsächliche Entwicklung der „Ausschaltungs“praxis der Berliner KV nachzuzeichnen und einen Einblick in die kassenärztliche Versorgung der Pflichtversicherten zu erhalten, sondern auch die Zufluchtsorte der vertriebenen Ärzte anzugeben, mit deren Namen.

Dieses Projekt wurde von der KV Berlin und der „Organisation Jüdischer Ärzte und Psychologen“ initiiert und vorfinanziert!